



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarbeitskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarbeitskonferenz: Urteil des Sozialgericht Aurich zur Corona-Pandemie sendet falsches Signal!

14.05.2020, Hannover

Die Landesarbeitskonferenz LAK Niedersachsen bedauert die Ablehnung des Sozialgerichts Aurich auf Bewilligung eines Mehrbedarfs für Aufwendungen zur Versorgung für eine Bedarfsgemeinschaft während der Corona Pandemie. Eine Bedarfsgemeinschaft aus dem Rheiderland hatte beim Jobcenter wegen der Corona Pandemie einmalig 350,- € beantragt. Sie begründete dies u.a. mit der notwendigen Beschaffung amtlich empfohlener Notbevorratung, Schutzmasken und dem Kauf wegen Hamsterkäufen teurerer Waren. Das hat das Sozialgericht Aurich am 11.05.2020 abgelehnt.

Der Sprecher der Landesarbeitskonferenz Thomas Uhlen (Caritas in Niedersachsen) betont:

*„Dieses Urteil geht an der Lebenswirklichkeit von Hartz-IV-Bezieher*innen vorbei und sendet ein falsches politisches Signal. Besonders Obst und Gemüse werden deutlich teurer, teils bis zu 50 Prozent, die Energiepreise werden steigen und sinnvolle Masken kosten Geld. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass erwachsenen Hartz-IV-Bezieher*innen gerade einmal 5,02 Euro pro Tag für Ernährung zur Verfügung stehen, Kindern noch weniger, geht die Ablehnung des Sozialgerichts Aurich für dringend benötigten Mehrbedarf im wörtlichen Sinn für die Betroffenen ans „Eingemachte“, an die alltägliche Existenz. Hinzu kommt: Noch immer nicht haben alle Tafeln wieder geöffnet, Kindertageseinrichtungen, Schulen und soziale Institutionen mit kostenlosen Essensangeboten sind geschlossen.“*

Unsere Gesellschaft darf bei aller notwendigen Diskussion um Wirtschaftsförderung, Urlaubsreisen und Autokaufprämien die Schwächsten der Gesellschaft gerade in einer solchen Krise nicht vergessen. Da wirkt ein derartiges Urteil kontraproduktiv.

Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Verbänden und Gewerkschaften hat den dringenden sofortigen Handlungsbedarf erkannt und fordert solidarisches Handeln (siehe Aufruf anbei). Die Landesarmutskonferenz schließt sich dem an und fordert:

- einen pauschalen Mehrbedarf von 100 Euro monatlich unbürokratisch für alle Menschen, die auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen sind."

Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2018 in Niedersachsen laut Landesamt für Statistik für einen Einpersonenhaushalt bei 1.016 Euro, das entspricht 60 % des mittleren Einkommens. In Niedersachsen sind daher ca. 1,17 Mio. Menschen armutsgefährdet.

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen. Details und aktuelle Mitglieder siehe anbei.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Thomas Uhlen - Sprecher der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen
Kontakt 0159/04556003